

Dinner Speech
Bundespräsident a.D. Christian Wulff
Club of Rome Jahrestreffen
am 10. November 2016 in Berlin

Die diesjährige Tagung des Club of Rome steht unter dem Motto „Global Warming, Migration & Sustainable Development“. Damit haben Sie eine Kurzbeschreibung der drängenden Fragen unserer Zeit abgegeben – und das ist es, was den Club of Rome auszeichnet: die Zukunftsthemen dieser Welt zu erkennen und Lösungswege aufzuzeigen.

Viele scheinen zu glauben, unser Gesellschaftsmodell sei allein deshalb nachhaltig, weil wir nun schon seit beinahe einem Menschenleben in Deutschland und um uns herum im Wesentlichen in Frieden leben. Dabei vergessen viele nur zu leicht, dass diese Zeitspanne sich wie ein „Wimpernschlag in der Geschichte“ ausnimmt. Und wir erleben derzeit, dass dieses Erfolgsmodell in Frage gestellt wird von außen und innen durch Populisten, die mit Hass unsere Gesellschaften spalten: Viktor Orban in Ungarn, Donald Trump in den USA, Marine Le Pen in Frankreich und natürlich auch die AfD und Pegida in Deutschland. Ihnen allen ist gemein, dass sie auf die drängenden Fragen scheinbar ganz einfache Antworten haben: abschotten, ausgrenzen, einigeln.

Das verfängt vielfach, denn die Welt, in der wir leben, ist unübersichtlicher geworden. Die Menschen fühlen sich überfordert von den Nachrichten, die sie erreichen. Das private Umfeld, das Überschaubare der eigenen Herkunft wird dadurch zu einem scheinbaren Fels in der Brandung des Lebens. Sich abzuschirmen gegen das, was diese Basis des Überschaubaren zu bedrohen scheint, ist für viele dann die logische Konsequenz. Und genau hier setzen dann die Slogans der populistischen Hetzer an: Schotten dicht! Wir gegen die! Rette sich, wer kann!

Dieser gefühlte Widerspruch zwischen dem als behaglich empfundenen eigenen geistigen Vorgarten und der scheinbar bedrohlichen Außenwelt erklärt im Übrigen auch, wieso die Slogans der Populisten gerade da besonders gut verfangen, wo beide Welten kaum oder gar keine Berührungspunkte haben. Denn meist erleben wir ja, dass die Attraktivität solcher Parolen im Wirklichkeitstest rapide schwindet: Wen das „Fremde“ im Alltag berührt, erlebt es dann ja in der Regel nicht mehr nur als fremd. Meist setzt hier ein Prozess der Öffnung an, eine Art unbewusste Ansteckung mit dem Geist der Offenheit. Und das ist genau der Punkt, vor dem die Demagogen Angst haben.

Offenheit ist aber eine notwendige Voraussetzung für die Nachhaltigkeit eines Gesellschaftsmodells. Das betrifft den Einzelnen, aber auch die Gesamtgesellschaft. Eine Gesellschaft muss offen und wandlungsfähig bleiben, um als solche dauerhaft überleben zu können. Wie wandlungsfähig Gesellschaften sein können, das zeigt im Übrigen doch bereits ein cursorischer Blick auf die vergangenen Jahrzehnte deutscher Geschichte: bis 1969 war Homosexualität in Deutschland strafbar – das erscheint einem doch kaum vorstellbar aus heutiger Perspektive. Und es sind nicht einmal 50 Jahre! Gleiches gilt für die Tatsache, dass bis zu diesem Zeitpunkt verheiratete Frauen als beschränkt geschäftsfähig galten.

Offenheit ist ein notwendige, aber sicher keine hinreichende Bedingung für das nachhaltige Überleben eines Gesellschaftsmodells. Genauso wichtig scheint mir zu sein, dass wir uns im grundsätzlichen Geiste der Offenheit bestimmte Regeln gegeben haben, die für und gegen alle gelten, die hier leben. Wir haben eine Haltung entwickelt, und diese Haltung prägt unser Miteinander. Sie ist der Kompass, an dem wir unsere Gesellschaft ausrichten.

Diese Haltung findet ihren Ausdruck im Grundgesetz. Ihr Wesensgehalt wird dabei bereits in dessen Artikel 1 beschrieben: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Das ist unsere oberste Richtschnur, die für jeden Menschen in unserem Land gilt, egal ob er seit Generationen hier lebt, ob seine Eltern zugewandert sind oder ob er als Flüchtling Aufnahme gefunden hat. Es gilt, egal welcher Partei sich jemand zugehörig fühlt, ob er auf der Straße demonstriert oder ob er am Stammtisch mit Kollegen spricht. Die Würde des Menschen ist nicht verhandelbar, nicht relativierbar. Wer sie in Frage stellt, wer Menschen gegen andere aufhetzt, die Menschenwürde missachtet, der bekommt unsere entschiedene Gegenwehr zu spüren, der schließt sich selbst aus unserer Gesellschaft aus. Da ist es egal, ob er jung oder alt, ob er Rechts-, Links- oder islamistischer Terrorist ist.

Eine weitere wesentliche Rolle für das nachhaltige Funktionieren als Gesellschaft spielt meines Erachtens Artikel 4 des Grundgesetzes: „Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.“ Wir sind geneigt, auch das für selbstverständlich zu halten. Heute sind Staat und Kirche in Europa getrennt, die Glaubensfreiheit garantiert. Den Völkern Europas wurde, wie das der Staatsrechtler Adolf Arndt einmal gesagt hat, Verantwortung für sich selbst gegeben. Aber auch die Gewährleistung von Religionsfreiheit ist historisch gesehen eine Entwicklung, die kaum mehr als einen „Wimpernschlag“ darstellt:

Noch vor 150 Jahren hat Papst Pius IX. die Idee der Trennung von Kirche und Staat ebenso als Irrglauben verworfen wie die, dass es eine Freiheit im Glauben geben könne. Mit Blick auf Länder wie Saudi-Arabien oder den Iran, aber durchaus auch christliche Fundamentalisten zum Beispiel in Ländern wie Uganda müssen wir feststellen, dass Religionsfreiheit international beileibe keine Selbstverständlichkeit ist. Und machen wir uns nichts vor: Auch in Deutschland verstehen viele Menschen dieses Grundrecht vor allem als eines, das Christen zustehe – das können Sie immer dann sehen, wenn irgendwo eine Debatte um den Neubau einer Moschee entbrennt.

Wahrscheinlich ist für eine Gesellschaft wenig so gedeihlich wie ein friedliches Miteinander von Staat und Religionen. Das fordert beide Seiten. Von Immanuel Kant stammt der Satz: „Eine Religion, die der Vernunft unbedenklich den Krieg ankündigt, wird es auf die Dauer gegen sie nicht aushalten“. Ich möchte entgegnen: Eine Vernunft, ein Staat, wird es auf Dauer auch nicht gegen die Religion aushalten. Wir brauchen beides. Und das Grundgesetz legt hier einen guten Maßstab an.

Haltung ist auch deshalb wichtig, weil wir den erfolgreichen Fortgang dieses historischen Wimpernschlags nicht geschenkt bekommen werden. Mir fehlt es bei vielen an Engagement für die Parlamente, in den Parteien und den Medien, für dieses Gesellschaftsmodell einzustehen und zu erkennen, dass es eben nicht nur von außen durch Terror und «IS», sondern auch von innen bedroht ist. Nämlich durch eine gewisse Beliebigkeit und Behäbigkeit. Das Problem ist ja nicht, dass

diejenigen, die gegen Demokratie und Rechtsstaat sind, zu viel Engagement und Haltung an den Tag legten. Sondern dass diejenigen, denen beides am Herzen liegt, sich zu wenig einbringen, sich zu selten offen bekennen. Das haben wir doch sehr deutlich am 3. Oktober in Dresden gemerkt: Natürlich sind eine Handvoll Pöbler nicht „das Volk“, auch wenn sie das behaupten. Aber wenn man ihnen ohne Widerspruch das Feld überlässt, dann verstehen sie das als Schwäche – und viele andere leider auch.

Noch ein weiteres Phänomen trägt zu dieser Entwicklung bei: Im Netz werden immer mehr Nachrichten auch absurdesten Art verbreitet. Die Bedeutung der klassischen Medien, wo eine Redaktion das Weltgeschehen aufbereitet, nimmt ab. Algorithmen sorgen dafür, dass die Leute ständig konfrontiert werden mit dem, was sie interessiert, dass sie aber gleichzeitig freigestellt werden von jenen Themen, die sie auch interessieren sollten – und damit letztlich davon, die eigene Meinung immer wieder zu hinterfragen. Das führt zu einer Zwei-Klassen-Gesellschaft: auf der einen Seite stehen die, die sich in den Zeitungen informieren, auf der anderen jene, die sich im Netz nur von Dingen berieseln lassen, die Klicks generieren und ihre eigene Meinung bestätigen. Einordnung wird weniger wichtig, Hass und Zorn nehmen zu. Hass aber tötet auf Dauer. Wenn man daran denkt, dass in Großbritannien im Frühjahr eine Unterhausabgeordnete auf offener Straße erschossen wurde oder dass der Attentäter von München gezielt den fünften Jahrestag des Anschlags von Breivik abwartete, dann bestätigt das meine These: Hass zerfrisst unsere Gesellschaften.

Ich sehe natürlich auch die positiven Aspekte der sozialen Netzwerke: dass man jeden auf der Welt erreicht, dass die Oma mit den Enkeln kommunizieren kann, wo immer sie auch sind. Und gerade wo Menschen in Unfreiheit leben, kann das Netz ein sehr wichtiges Fenster zur Welt sein.

Aber ich sehe auch die kritische Seite: Viele Länder kontrollieren ihre Bürger im Netz, durchsuchen Accounts nach gewissen Stichworten und lokalisieren vermeintliche Systemfeinde. Daneben besteht die Gefahr, dass viele Menschen immer mehr in Echokammern leben, in Räumen, in denen sie sich mit ihresgleichen umgeben und die eigene Meinung hundertfach bestätigt erhalten. Rechthaberei und Besserwisseri greifen um sich. Die Grenze zwischen Wahrheit und Meinung verschwimmt, schlimmer noch: in der Wahrnehmung vieler Menschen scheint es gar kein Bedürfnis mehr zu geben, hier eine Grenze zu sehen. Die Suche nach Wahrheit, nach dem Wesen der Dinge, Forschung und Wissenschaft sind in diesen Echokammern verzichtbare Beiträge, denen man mit Emotion und Bauchgefühl, dem vermeintlichen „Volksempfinden“, begegnen kann.

Diese Entwicklung ist von vielen schon als der Beginn eines „postfaktischen Zeitalters“ beschrieben worden. Wir sollten gemeinsam darauf hoffen und daran arbeiten, dass dieses postfaktische Element keinesfalls prägend für die kommende Zeit wird. Denn das würde unsere Gesellschaften, den demokratischen Rechtsstaat als solchen in den Grundfesten bedrohen. Mittelfristig bliebe kein Stein mehr auf dem anderen, damit ist im Wortsinne kein Staat zu machen.

Und, zurückkommend auf das Thema der Tagung: Sie können darauf auch keine nachhaltigen Strukturen aufbauen, oder gar internationale Kooperation, sei es im Rahmen der UNO, der EU oder der G20. Wie sollte ein Pariser

Klimaschutzabkommen jemals wirksam umgesetzt werden, wenn es nicht mehr um Fakten geht, sondern nur noch um Meinungen? Wenn der eigene geistige Vorgarten die alleinbestimmende Größe des Denkens und Handelns bildet? Temperaturanstieg um 1-2 Grad Celsius mag sich aus der Perspektive vieler Menschen in Deutschland ja sogar attraktiv anhören – wenn man dabei außer Acht lässt, welche Folgen es für Menschen in anderen Ländern und die Schöpfung insgesamt hat.

Der Fortbestand der Demokratie bedarf des Einsatzes der Demokraten. Mit Einsatz meine ich eine Positionierung, das klare Eintreten für die Werte dieser Gesellschaft und des Grundgesetzes. Jedem von uns muss klar sein, was auf dem Spiel steht. Demokratie ist nicht selbstverständlich. Und sie schlägt nicht Alarm, bevor sie geht – sie ist dann einfach weg.

Ich wünsche Ihnen und uns allen einen schönen Abend und morgen einen spannenden und erhellenden, guten Verlauf der Tagung!